A2 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Gremium:	Landesvorstand Sachsen
Beschlussdatum:	13.01.2019
Tagesordnungspunkt:	3. Leitantrag Soziale Ungleichheit Sachsen

Antragstext

Jedes fünfte Kind lebt in Armut, ein Drittel der erwachsenen Armen in Deutschland ist erwerbstätig, jede*r vierte arme Erwachsene ist in Rente oder Pension und nur ein Fünftel ist arbeitslos. Beispiele für die aktuelle Bestandsaufnahme der Armut in Deutschland, laut dem Armutsbericht 2018 der Paritätischer.

In Sachsen sind etwa 15 bis 19 Prozent (mindestens jede*r Sechste) der Einwohner*innen von Armut bedroht. Das geht aus Zahlen des Statistischen Landesamtes hervor. Über diese Zahlen kann auch die scheinbar sinkende Arbeitslosenzahl nicht hinwegtäuschen.

Armut beeinträchtigt und benachteiligt Menschen im Hinblick auf Wohnen, Gesundheit, Bildungschancen, Teilhabe und Lebensfreude.

Bis zum Jahr 2016 wollten die Koalitionspartner CDU und SPD in Sachsen mit einer interministerielle Arbeitsgruppe eine sächsische Präventionsstrategie erarbeiten, welche Maßnahmen zum Abfedern der Folgen bestehender Armut sowie zur Minimierung von Armutsrisiken, insbesondere bei Kindern und Älteren, entwickelt. Das sächsische Ministerium für Soziales und Verbraucherschutz lässt damit bis 2018 noch auf sich warten. Bisher sind keine Informationen zu einer Präventionsstrategie bereitgestellt. Ein Handlungswille bei der Bekämpfung von sozialer Armut ist nicht zu erkennen.

Die Hauptgründe der Armut und der sozialen Ungerechtigkeit liegen für die GRÜNE JUGEND Sachsen in den Folgen des aktuellen Wirtschaftssystems. In einer kapitalistischen Gesellschaft gibt es nur Gewinner*innen, wenn andere Menschen verlieren. Es gibt keinen "sozialen" oder "fairen" Kapitalismus.

Die GRÜNE JUGEND setzt sich längerfristig für ein neues soziales und faires Wirtschaftssystem ein, in dem jeder Mensch und die Umwelt ausreichend geschützt und gefordert wird. Reichtum, (soziale) Herkunft, Leistung und Ausbeutung dürfen nicht unser Zusammenleben bestimmen.

Da sich das kapitalistische System nur längerfristig ändern lässt, müssen vorerst Lösungsvorschläge ausreichen, die kurzfristig die Armut mit ihren Folgen für Menschen eindämmen.

Arbeit muss mehr wert sein

Ob ein Mensch in Armut lebt, hängt in den vielen Fällen mit dem Geld zusammen, welches für den Lebensunterhalt zur Verfügung steht. Die meisten Menschen verdienen ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit. Doch wie die aktuellen Zahlen zeigen, schützt eine Arbeitsstelle nicht vor Armut. Mittlerweile sind 1/3 der in Armut lebenden Menschen erwerbstätig.

Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen fordern:

- Arbeit muss mehr wert sein und darf kein Existenzminimum sein

- einen Mindestlohn von 14 Euro, welcher für Rente, Kinder und Leben ausreicht

- Für gleiche Arbeit muss es den gleichen Lohn geben, unabhängig von Ort, Geschlecht und Abschluss

- Gewinne müssen sozial umverteilt werden. Jede*r Beschäftigte muss von dem Gewinn eines Unternehmens profitieren.

- Prekäre Beschäftigung verbieten und sichere Arbeitsstellen schaffen

Grundsicherung - Weg von Harz 4 und Sanktionen

Sollten Menschen erwerbslos sein oder von einem geringen Gehalt den Lebensunterhalt nicht finanzieren können, muss ein Sozialstaat diese Personen ausreichende unterstützen. Es muss eine gesicherte Grundsicherung geben, welche nicht sanktioniert werden kann. Der Staat muss die Menschen vor Existenzängsten schützen und es ihnen erleichtern aus einer prekären Situation hinauszukommen.

Die GRÜNE JUGEND Sachsen fordert:

- Die Abschaffung der Harz IV Sanktionen

- Die Anhebung der Harz IV Sätze

- Ein bedingungsloses Grundeinkommen

Wohnen als Menschenrecht

Bei der Armut und sozialer Ausgrenzung von Menschen geht es auch schnell um die Existenzgrundlage Wohnen. Viele Menschen stehen vor dem Problem nicht mehr an einem Ort zu wohnen, welchen sie benötigen oder bevorzugen. Das aktuelle Versagen bei der Wohnungspolitik trifft als erstes die sozial Schwachen.

Wachsende sächsische Großstädte und die zeitgleich abgehängten ländlichen Räume sind zwei Seiten derselben Medaille. Beide können Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausschließen und zur sozialen Spaltung beitragen. Großstädte wie Dresden und Leipzig kämpfen mit steigenden Mieten und zu wenig bezahlbarem Wohnraum. Im ländlichen Raum werden hingegen Buslinien oder Jugendclubs geschlossen, was bedingt, dass immer Menschen vom Land in die Stadt ziehen.

Die soziale Spaltung in den Großstädten wird vor allem dadurch vorangetrieben, dass alteingesessene und einkommensschwache Menschen verdrängt werden. Dies geschieht durch Zweckentfremdung des Wohnraumes z.B.: für Ferienwohnungen, aber auch aufgrund spekulativen Leerstandes oder der übermäßigen Erhöhung der Mieten. Dies muss ein Ende haben. Weiterhin ist das Angebot an Sozialwohnungen katastrophal. Nicht nur, dass es zu wenig Wohnungen mit Belegungsbindung gibt, die Belegungsbindung gilt in der Regel nur 10 Jahre.

Die Barrierearmut muss essentieller Bestandteil der Stadtplanung sein. Dabei sind Teilhabe berechtigte Menschen mit in die Planung einzubeziehen. Wir brauchen Städte, die flexibel für alle Bewohner*innen sind und eine Teilhabe für jede*n ermöglichen.

Eine konsequente soziale Mischung in Stadtteilen muss Priorität haben. Es darf keine abgehängten Stadtteile mit schlechterer ärztlicher Versorgung und Schulen mit geringer Bildungsqualität geben. Eine Möglichkeit dies umzusetzen ist die

Förderung von alternativen Wohnformen. Diese können Mehrfamilienhäuser mit preiswerten und teureren Preissegmenten sein.

Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen fordern:

- Wohnen als Menschenrecht umsetzen

- einen konsequenten Milieuschutz

- Sozialwohnungen mit einer Belegsbindung von mindestens 25 Jahren

- Einen echten Mietspiegel, in dem auch Bestandsmieten verzeichnet sind

- private Vermieter*innen fördern, die nicht die finanziellen Mittel haben wichtige Sanierungen durch zu führen.

- Teilhabeberechtige Menschen in Stadt einbeziehen

- Eine Förderung von diversen und alternativen Wohnformen (z.B, Housing-First)

Auf der anderen Seite steht der ländliche Raum. Wobei ländlicher Raum nicht gleich ländlicher Raum ist. Auch "auf dem Land" gibt es unterschiedliche soziale Probleme. Viele Dörfer stehen vor dem Problem der Überalterung. Viele Junge Menschen zieht es in größere Orte oder Großstädte.

Viele Dörfer haben wenig bis keinen ÖPNV. Auch sind die Fahrzeuge oft nicht auf Menschen, welche auf Barrierefreiheit angewiesen sind, vorbereitet, die einzige Alternative ist hier meist das klimaschädliche Auto. Menschen, die sich dies nicht leisten können oder aus gesundheitlichen bzw. aus Altersgründen kein Auto mehr fahren haben so oft keine anderen Möglichkeiten sich fortzubewegen.

Daher fordern die GRÜNE JUGEND Sachsen:

- Den Ausbau eines barrierefreien ÖPNVs, der auch die Teilhabe von Menschen ohne Auto auf dem Land ermöglicht

- Die soziale Infrastruktur im ländlichen Raum zu erhalten und zu fördern

Armut als Gesundheitsrisiko

Armut hat nicht nur Konsequenzen auf Partizipationsmöglichkeiten, sondern auch auf die Lebenserwartung und den Gesundheitszustand. Menschen in monetärer Armut haben eine bis zu 12 Jahre verkürzte Lebensdauer. So reicht zum Beispiel der Arbeitslosengeld-II-Satz nicht für eine von Ernährungswissenschaftler*innen empfohlene Ernährung. Empfänger*innen sind häufig auf Essen von den Tafeln angewiesen, diese können jedoch keine "Vollversorgung" bieten.

Auch wird die staatliche Aufgabender Versorgung von Menschen und die Schaffung von würdigen Lebensverhältnissen in ehrenamtliche nicht-staatliche Strukturen ausgelagert. Der Staat gibt hier Verantwortung ab.

Dazu hindern Zuzahlungen für ärztliche Leistungen und Medikamente Menschen mit geringem Einkommen an Arztbesuchen. Auch die Versorgung mit wichtigen Medikamenten kann so nicht gewährleistet werden. Sowohl Arbeitslosengeld-II als auch Leistungsgewährung und die Regelung von Zuzahlungen an die Krankenkasse sind Themen, die vor allem auf Bundesebene im Bundestag geregelt werden müssen.

Die GRÜNE JUGEND Sachsen fordert:

- Den Ausbau der gesundheitsfördernde Maßnahmen, Informationen und Angebote, sowie kostenlose ein Sport- und Bewegungsangebote

- Einführung eines kostenlosen und gesunden Mittagessens für Kinder und Jugendlichen an öffentlichen Einrichtungen

- Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin

- Absenkung der Mindestbeiträge bei Krankenkassen

- Barrierefreie und professionelle medizinische Versorgung vor Ort

Ungerechtigkeit in der Bildung

"Bildung ist der Schlüssel zur individuellen Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft."

In Sachsen, wie auch in Gesamtdeutschland sind die Bildungschancen abhängig von der sozialen Herkunft. Sozial Benachteiligte haben grundlegend schlechtere Bildungsmöglichkeiten. Eltern von Schüler*innen, die Gymnasien besuchen, haben meist einen Hochschulabschluss, Eltern von Schüler*innen der Real- oder Hauptschule meist einen Real-, Hauptschul- oder gar keinen allgemeinbildenden Abschluss.

Das hat vor allem den Grund, dass Schüler*innen von einer finanziellen Unterstützung der Eltern in Form von Nachhilfe oder außerschulischen Bildungsmöglichkeiten wie einer musikalischen Ausbildung profitieren. Der Staat hat die Aufgabe solche Angebote auch für sozial Benachteiligte bereitzustellen. Jugendliche, deren Eltern Arbeitslosengeld-II beziehen, bekommen 10€ pro Monat für Soziale Aktivitäten und außerschulische Bildungsmöglichkeiten, sowie 100€ pro Jahr für Schulmaterial. Jugendliche Asylbewerber bekommen 76€ pro Monat für ihren Lebensunterhalt. Das reicht nicht annähernd für außerschulische Bildungsangebote und Aktivitäten, wie eine musikalische Ausbildung, Nachhilfeunterricht, Klassenfahrten oder Ausflüge aus. Oft ist soziale Ausgrenzung die Folge. Eine Trennung nach der 4. Klasse abhängig von den schulischen Leistungen halten wir daher für nicht sinnvoll.

Das Bafög, welches das Studium möglichst allen ermöglichen soll, reicht oft nicht aus, um die steigenden Lebensunterhaltungskosten, wie Mieten zu decken. Außerdem fällt es jungen Menschen, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben, oftmals schwieriger ein Hochschulstudium zu beginnen, da sie sich vielen Fragen und Unsicherheit ausgesetzt sehen, auf denen ihre Eltern ihnen nicht immer eine Antwort geben können. Eine Förderung dieser, damit sie eine selbstbestimmte Entscheidung eines Hochschulstudiums treffen können, ist hier Notwendig

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Sachsen:

- Einführung der Gemeinschaftsschulen in Sachsen

- Der Schulbesuch, Lehr- und Lernmittel und Teilnahme an allen schulischen Aktivitäten wie Klassenfahrten und Ausflüge müssen kostenlos sein

- Die Erhöhung der sozialen Leistungen und Angebote für soziale Aktivitäten und außerschulische Bildungsmöglichkeiten

- Schulen und Kindertageseinrichtungen, die in sozial belasteten Stadtvierteln liegen, brauchen eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung, um durch

umfassende Förderung sowie kleinere Klassen und Gruppen die Chancengleichheit auch für benachteiligte Kinder und Jugendliche herstellen zu können

- Entbürokratisierung und erhöhung der Sozialleistungen nach Bafög

- Förderung von Nicht-Akademiker*innen Kinder an den Schulen zu Fragen zum Studium und Bafög

Gleiche Chancen für alle Kinder – Kinderarmut bekämpfen!

Kinderarmut wollen wir besonders in den Blick nehmen. In Deutschland lebt jedes fünfte Kind in Armut. 2017 lebten 21% aller Kinder in Deutschland über mindestens 5 Jahre dauerhaft oder wiederkehrend in Armut. Es ist wahrscheinlich, dass die Dunkelziffer noch höher liegt. In Sachsen sind besonders in Leipzig und Dresden viele Kinder von Armut betroffen. Das sind beschämende Verhältnisse für ein so reiches Land.

Es ist für unsere Gesellschaft ein unhaltbarer Zustand, wenn Kinder von vornherein in verschiedenen Lebensbereichen ausgeschlossen werden. Wenn Schüler*innen nicht mit auf Klassenfahrt fahren oder nicht zum Kindergeburtstag gehen, weil das Geld nicht für ein Geschenk reicht, dann erfahren sie früh, dass sie nicht teilhaben können. Diese Ausgrenzungserfahrungen brennen sich ein. Das können wir nicht hinnehmen. Der Gesellschaft muss jedes Kind gleich viel wert sein.

Familien müssen sich leicht informieren können, welche Möglichkeiten es für sie und ihre Kinder zur maximalen Teilhabe gibt, auch, wenn ihre finanzielle Lage schlecht ist. In Sachsen gibt es verschiedene Projekte und Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit. Diese müssen aber häufig um ihre Finanzierung bangen.

Die Sozialarbeiter*innen sind meist am nächsten an den Kindern und ihren Familien, kennen ihre Lage und Bedürfnisse und können sie so effektiv unterstützen. Diese Arbeit muss honoriert und gestärkt werden.

Es ist aber auch wichtig, dass Familie und Beruf endlich vereinbar werden. Wenn die Betreuung der Kinder nicht geleistet werden kann, Arbeitszeiten wenig flexibel sind und der Job zu schlecht bezahlt wird, um eine Familie zu finanzieren, ist Armut die Folge. Auch wenn viele dieser Probleme der Arbeitspolitik auf Bundesebene angegangen werden müssen, kann auch Sachsen seinen Beitrag leisten, um Familien in diesem Bereich zu entlasten.

Sachsen kann und sollte sich dafür einsetzen, Kinderrechte grundrechtlich zu verankern. Das würde dazu beitragen, dass die Belange von Kindern einklagbar werden und politisch wie juristisch mehr beachtet werden. Eine Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz nimmt den Staat in die Pflicht.

Mit der Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung würde aber auch ein wichtiges Zeichen für eine Gesellschaft gesetzt, die Kinder ernst nimmt, ihre Bedürfnisse achtet und sich verpflichtet ihre Entwicklung zu fördern.

Für uns ist klar: Familien unterstützen heißt, dass der Staat sich selbst in der Verantwortung sieht jedem Kind die bestmöglichen Chancen zu gewähren. Kinder sind die Zukunft der Gesellschaft und ihr größtmögliches Wohlergehen gehört zur gesellschaftlichen Verantwortung.

Daher fordern wir als GRÜNE JUGEND:

- Landesweite Beratungs- und Unterstützungsprogramme für Kinder und Familien in schwierigen Lebenssituationen

- Soziale Arbeit, sowie Kinder- und Jugendarbeit, die langfristig und tragfähig finanziert wird

- Schaffung ausreichender, kostenloser und flexibler Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze

-Kinderrechte in das Grundgesetz aufnehmen

Verschränkung von sozialer Armut und anderen Diskriminierungs- bzw. Unterdrückungsformen

Faktoren, die die Chance, von sozialer Armut betroffen zu sein, erhöhen, sind der kulturelle Hintergrund, das Geschlecht, Alter oder auch Behinderungen.

So kann Diskriminierung auf Grund von Klassenzugehörigkeit oder sozialem Stand nur verschränkt mit anderen Unterdrückungsformen verstanden werden.

Frauen, die systematisch von Erwerbsarbeit ausgeschlossen wurden und abhängig von anderen Einkommen waren oder Menschen, die behindert werden und trotz der Möglichkeit vor der Rente Erwerbsarbeit nachzugehen, keine Altersabsicherungen treffen konnten, werden im Rentenalter wahrscheinlicher unter prekären Bedingungen mit geringem Einkommen leben.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Sachsen, wenn wir über Sozialpolitik reden, diese nicht isoliert und abgekapselt von anderen Politikbereichen zu denken. Marginalisierte Menschen leiden am meisten unter prekären Lebensbedingungen und müssen mitgedacht und mitgemeint werden!